

## **Berufliche Bildung – Europas Zukunft**

### **1. Vorbemerkung**

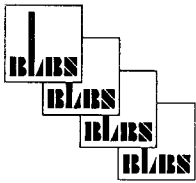
Bildung ist gerade in Europa eine Schlüsselressource zur persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Mitgliedsländer und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Von ihr hängt die Zukunft Europas entscheidend ab. Die aktuellen ökonomischen und sozialen Herausforderungen und das ehrgeizige Ziel, Europa „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ (EU-Gipfel Lissabon, 2000), rücken die Berufsbildung in das Zentrum der gemeinsamen Bemühungen der bildungspolitischen Akteure in der Europäischen Union.

### **2. Aspekte der deutschen Berufsbildung**

Zunächst ist (Berufs-) Bildung eine nationale Aufgabe. Jedes europäische Land hat sich verpflichtet, einen erheblichen Teil seines Bruttoinlandproduktes in die Bildung zu investieren. Beim Vergleich der europäischen Staaten zeigt sich, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht an vorderster Stelle steht.

Das duale System der deutschen Berufsausbildung hat durch die Verbindung von Arbeiten und Lernen, von betrieblicher und schulischer Ausbildung und von öffentlicher und privatwirtschaftlicher Verantwortung viel Lob erfahren, da es auf der Grundlage eines breiten gesellschaftlichen Konsenses Bildungsbelange und Marktorientierung konstruktiv verbindet.

Neben diesen positiven Qualitätsmerkmalen zeigt es jedoch zunehmend Schwächen, wenn es um die Bewältigung der quantitativen Probleme geht. Das bestätigt sich vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und steigender Schülerzahlen aus dem allgemein bildenden Schulwesen. Bei dieser Konstellation haben nur noch die Besten eine direkte Ausbildungschance, mehr und mehr Jugendliche bleiben unvermittelt ohne Ausbildungsplatz.



Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen deshalb einerseits über Optimierungen des dualen Systems und andererseits über Alternativen und Varianten nachdenken, um jeweils einen gesamten Altersjahrgang zu qualifizieren. Wenn es die Wirtschaft allein nicht schafft, müssen sich die Länder verstärkt um die übrig Gebliebenen kümmern, um ihnen durch Bildung und Ausbildung Lebenschancen zu eröffnen. Deutschland kann es sich auf Dauer nicht leisten, dass gut zehn Prozent eines Altersjahrgangs ohne Ausbildung bleiben. Nichtqualifizierte sind die Arbeitslosen von morgen!

Das deutsche duale System der Berufsbildung regelt gemäß Berufsbildungsgesetz/Handwerksordnung eine breite Palette von Berufsfeldern und Einzelberufen, lässt aber wesentliche Bereiche aus. Das sind die Berufsausbildungen und anerkannten Berufsabschlüsse nach dem Recht der Länder mit Rahmenvereinbarungen der Kultusministerkonferenz in Berufsfachschulen, Berufskollegs und Fachschulen sowie die Gesundheitsfachberufe wie Gesundheits- und Krankenpflege, Physiotherapie und Altenpflege, die in vielen sektoralen Einzelgesetzen außerhalb des Berufsbildungsgesetzes vom Bund und durch eine Fülle von Länderverordnungen geregelt sind.

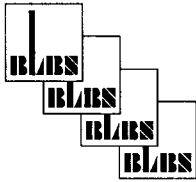
Mit diesen drei kaum miteinander kooperierenden Systemen deutscher Berufsausbildung ist die deutsche Berufsbildung nicht europafähig.

Schon innerhalb Deutschlands wird die Häufung von Zuständigkeiten ohne gemeinsamem Rahmen, ohne Einordnung der Abschlüsse in ein national und europäisch transparentes Klassifizierungssystem und ohne gemeinsame Berichterstattung als Ausbildungs- und Markthemmnis kritisiert.

Im dualen Ausbildungssystem fordert unsere föderale Struktur Bund und Länder gemeinsam. Der effektive Einsatz der notwendigen Finanzmittel darf nicht am Zuständigkeitsdschungel scheitern.

Das neue Berufsbildungsgesetz muss als Chance begriffen werden, die Koordination aller institutionellen Akteure zu verbessern. Die gesetzlich geregelte Zulassung der Absolventen beruflicher Vollzeitschulen zu den Kammerprüfungen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die Einbindung der beruflichen Schulen in die Weiterbildungsstrukturen wäre ein weiterer. Eine Verzahnung der Sekundarstufe II mit dem Weiterbildungsbereich würde wesentlich zur Effizienzsteigerung und Qualitätsoptimierung beitragen.



### 3. Die europäische Dimension der beruflichen Bildung

Die Europäische Union (EU) ist seit dem 1. Mai 2004 um zehn neue Mitgliedsstaaten aus Mittel-, Ost- und Südeuropa auf jetzt 25 Länder erweitert. Damit ist Europa nicht nur größer geworden, sondern auch vielfältiger. Dies gilt auch für den Bereich der Berufsbildung. Die (Berufs-) Bildungssysteme sind von erheblichen nationalen Besonderheiten gekennzeichnet und weisen heterogene Strukturen auf.

Gemäß den Gemeinschaftsverträgen von Maastricht und Amsterdam und der vorbereiteten Verfassung für Europa ist Bildung als nationale Zuständigkeit vereinbart und mit einem Harmonisierungsverbot belegt.

Ein europäischer Berufsbildungsraum wird sich nur entwickeln, wenn alle Hoheitsträger für Bildung und Beruf innerhalb und zwischen den Gemeinschaftsstaaten sowie mit der EU zusammenarbeiten.

In diesen Prozess sind die deutschen Länder als Träger der Kulturhoheit nur nachrangig (und damit unbefriedigend) einbezogen. So wundert es nicht, dass selbst die Methode der offenen Koordinierung schon mit einem gewissen Misstrauen verfolgt wird.

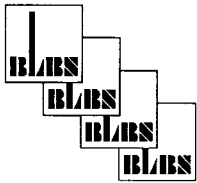
Was also kann oder muss der Bildungsraum Europa leisten, um die Chancen im Lebens- und Wirtschaftsraum Europa auf Dauer zu verbessern?

Ein erweitertes Europa wird Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent sichern helfen, wenn es gelingt, in der EU politisch und kulturell einigende Grundwerte in allen Mitgliedsstaaten zu verankern und eine über die nationalstaatlichen Grenzen hinausgehende, erweiterte Sichtweise zu fördern, insbesondere bei der berufstätigen Jugend.

**Wie verschieden die Berufsbildung in den einzelnen Ländern auch sein mag, der berufsbezogene fachliche Meinungs austausch, der Wettbewerb um die beste Lösung (best practice) und die Grunderfahrung von Existenzsicherung durch Bildung, Arbeit und Leistung in einer Wertegemeinschaft sind fruchtbare Möglichkeiten, durch berufliche Bildung positive Impulse für die Zukunft Europas zu setzen.**

Ein erster Beitrag zur Erreichung dieser Ziele sind die gemeinschaftlichen Aktionsprogramme wie z. B. LEONARDO DA VINCI und SOKRATES.

**Diese europäischen Bildungsprogramme sind wichtige Bausteine im Prozess einer Europäisierung der Berufsbildung. Es bleibt allerdings eine anhaltende Aufgabe, ihre Transparenz und Wirksamkeit durch Koordinierung und Entbürokratisierung zu erhöhen.**



In der europäischen Bildungs- und Berufsbildungspolitik gibt es insbesondere seit dem Lissaboner Gipfel zahlreiche weitere Initiativen. Dabei besteht Einigkeit, dass Qualität und Leistung der Berufsbildung in Europa wesentliche Faktoren für die Erreichung des strategischen Ziels von Lissabon sind.

Die Staats- und Regierungschefs des Europäischen Rates haben in Barcelona 2002 dazu aufgerufen, Instrumente zur Gewährleistung der Transparenz von Qualifikationen und Maßnahmen nach den Entwürfen des Bologna-Prozesses auch im Bereich der Berufsbildung zu fördern.

Die Entwicklung eines europäischen Berufsbildungsraumes entsprechend den Zielen von Lissabon und Barcelona erfordert von allen Seiten die Bereitschaft, die anstehenden Herausforderungen neu zu analysieren und die praktische Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu verstärken.

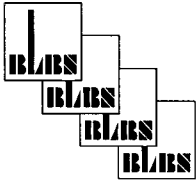
**Es gilt, eine solche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Bildung nachhaltig zu unterstützen, um praxisgerechte Lösungen für die Problemfelder Transparenz, Anerkennung und Qualität zu finden und die Entwicklung zu gemeinsamen europäischen Qualifikationen und Kompetenzen zu fördern.**

Die folgenden Beispiele sollen Bedeutung und Problemlagen exemplarisch aufzeigen:

Die **Lehrerbildung** wird auch im beruflichen Bereich durch die europaweit diskutierte Ausbildungsgliederung mit den konsekutiven Studienabschlüssen **Bachelor** und **Master** nachhaltig beeinflusst. Diese Strukturdebatte muss aber mehr als bisher geschehen durch inhaltliche Diskussion und Einbeziehung aller Beteiligten vorbereitet werden.

Diskussionswürdig ist ein auf europäischer Ebene angesiedeltes Übertragungssystem für die Berufsbildung (**ECVET – European Credit System for Vocational Education and Training**), das das erfolgreiche Europäische System zur Anrechnung von Studienleistungen (ECTS) ergänzen **könnte**.

Die in der Kopenhagener Erklärung vereinbarten **Instrumente** („tools“) für **Transparenz** werden durch einheitliche Dokumente wie z. B. den **EUROPASS II** mit einheitlichen Bescheinigungen von Auslandsqualifikationen und den **Europäischen Lebenslauf** sowie durch **Zeugnisergänzungen** dazu beitragen, dass die Qualifikationsprofile der EU-Bürgerinnen und Bürger europaweit im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt verstanden, anerkannt und niveaugerecht eingeordnet werden.

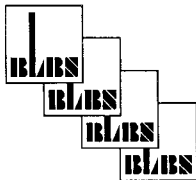


Jedenfalls ist darauf zu achten, dass die hohe Wertigkeit deutscher Berufsausbildung im zusammenwachsenden Europa die gebührende Akzeptanz und Anerkennung durch ein **geeignetes europäisches Klassifikationssystem** erhält. Dabei sind das duale Berufsausbildungssystem sowie die an Berufsfachschulen, Fachschulen, und anderen beruflichen Schulen erworbenen Berufs- und Schulabschlüsse leistungsgemäß einzustufen.

Mit Blick auf die europäische Dimension der beruflichen Bildung ist es erforderlich, die in Deutschland anerkannten dualen und schulischen Ausbildungsabschlüsse **in ihren Kompetenzprofilen international lesbar** zu machen. Weder die geltenden Berufsbilder noch die Zertifikate der zuständigen Stellen und der beruflichen Schulen werden diesem Anspruch, von Ausnahmen abgesehen, gerecht. Daher ist zu fordern, dass für alle anerkannten Ausbildungsberufe und –abschlüsse in Deutschland mehrsprachige Kurzbeschreibungen mit den zentralen berufs-spezifischen und den berufsübergreifenden Kompetenzprofilen erstellt und den Abschlusszertifikaten und Diplomen ergänzend als feste Bestandteile beigelegt werden.

Eine wesentliche inhaltliche Voraussetzung für die Europatauglichkeit der Berufsbildung sind die Vermittlung und der **Erwerb von Fremdsprachenkompetenzen**. Die beruflichen Schulen sind hier ein besonders geeigneter Lernort, der durch Auslandsaufenthalte von Auszubildenden und Schülern in idealer Weise ergänzt werden kann. Für ein solchermaßen erweitertes Aufgabenspektrum müssen den beruflichen Schulen die notwendigen Ressourcen, vor allem die Unterrichtszeit, eingeräumt werden.

Die **Anerkennung** von Berufserfahrung, erworben durch **nicht-formales und informelles Lernen** fördert die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Den Bürgerinnen und Bürgern wird es möglich, Kenntnisse und Fähigkeiten zu kombinieren und zu übertragen, und zwar unabhängig davon, wo sie erworben wurden. **Diese Lernformen ergänzen das formalisierte Lernen, sie ersetzen jedoch nicht das systematische Lernen in Bildungseinrichtungen.** Schulische Berufsbildung sichert eine definierte Qualität von Lehr- und Lernarrangements und macht den Erwerb von Kompetenzen unabhängig von Zufälligkeiten und Beliebigkeiten.

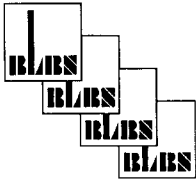


#### 4. Forderungen an die nationale und die europäische Berufsbildungspolitik

Verantwortungsvolle Berufsbildungspolitik braucht klare Ziele und eine langfristige Umsetzungsstrategie. Sie muss offen formulierte Fernziele ebenso enthalten wie konkrete Einzelaufgaben.

Aus dem zuvor Gesagten ergeben sich aus Sicht des BLBS folgende Kernforderungen, die keine abgeschlossene Liste darstellen, aber die eigene Verbandsarbeit in den nächsten Jahren wesentlich prägen werden:

- **Europa braucht einen verbindlichen Masterplan Berufsbildung, in dem Ziele, Prioritäten und Handlungspläne vereinbart sind und der für jede Bürgerin und jeden Bürger den Zugang zu allen Bereichen und Ebenen garantiert. Das erfordert nicht zuletzt, dass Berufsbildung auch öffentliche Aufgabe bleibt bzw. wird.**
- **Das deutsche Berufsbildungsrecht (Berufsbildungsgesetz, Handwerksordnung) muss den kooperativen Dualismus von betrieblicher und schulischer Berufsausbildung in allen seinen Varianten stärker betonen und generell anerkennen. Dazu muss das Berufsbildungsrecht zu einem Gesamtrahmen für alle in Deutschland praktizierten Systeme der Berufsbildung weiter entwickelt werden.**
- **Das deutsche duale System der Berufsausbildung ist eine erfolgreiche Ausbildungsvariante, die nicht zuletzt durch eine Stärkung der Berufsschulen optimiert werden kann. Im Wettbewerb der Systeme hat sich aber auch die Berufsqualifizierung an beruflichen Wahlschulen bewährt, die vor allem für Ausbildungen im Sozial- und Gesundheitswesen Lernprozesse alternierend in Schule und Praxis organisieren.**
- **Die Akzeptanz dieser schulischen Berufsabschlüsse darf in Deutschland nicht an pauschalierenden, ideologisch oder machtpolitisch begründeten Positionen der Wirtschaft scheitern.**
- **Die Berufsausbildung muss durch attraktive Bildungsgänge Durchlässigkeit zu allen Bildungsebenen gewähren und Anschlussqualifizierungen für lebenslanges Lernen ermöglichen. Zu den wichtigsten ökonomischen und gesellschaftlichen Zielen gehört sicherlich die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit durch Qualifizierungsoffensiven.**



- **Wie in vielen EU-Ländern erfolgreich praktiziert, muss auch den beruflichen Schulen Deutschlands mehr Selbstverantwortung und Eigenständigkeit zugestanden werden, um ihre Handlungsfähigkeit in ihrer Umgebung als regionale Kompetenzzentren im Wettbewerb zu stärken. Dazu gehört auch die Möglichkeit, sich in einem gesicherten Rechtsrahmen im Weiterbildungsbereich für neue Erfordernisse lebenslangen Lernens zu engagieren.**
- **Die erweiterte Europäische Union darf nicht nur als Wirtschaftsraum, sondern muss auch als Bildungsraum gestaltet werden. Eine gemeinsame Werteerziehung, der Erwerb von Fremdsprachenkompetenz, interkulturelles Lernen und die Förderung einer Mobilitätskultur müssen als berufspädagogische Maxime neu gewichtet werden.**
- **Die EU-Bildungsprogramme müssen noch mehr Auszubildenden und Schülern die Möglichkeit zu grenzüberschreitender Begegnung und Berufserfahrung geben. Um die Akzeptanz bei Betrieben und beruflichen Schulen zu erhöhen, müssen die bürokratischen Hemmnisse abgebaut werden.**
- **Der BLBS unterstützt den Brügge-Kopenhagen-Prozess zur Erhöhung der Transparenz im europäischen Berufsbildungsraum und die europaweite Einführung der vorgesehenen Dokumente (Europass II, Europäischer Lebenslauf) sowie Zeugnisergänzungen für alle Zertifikate und Diplome der beruflichen Bildung, die eine mehrsprachige Kurzbeschreibung der berufsspezifischen und berufsübergreifenden Kompetenzprofile enthalten sollen.**
- **Die Bildungschancen in Europa werden bereits von den nationalen Bildungsstrukturen mitgeprägt. Betriebliche und schulische Berufsausbildung brauchen daher einen definierten Kern an bundeseinheitlichen Regelungen, können ansonsten aber von einer erheblichen Bandbreite des föderalen Wettbewerbs geprägt sein.**

---

**Empfehlung der Antragskommission** **Annahme** Annahme als Arbeitspapier Ablehnung \_\_\_\_\_**Beschluss der Delegiertenversammlung am 23.4.2005 in Lübeck** **Annahme** Annahme als Arbeitspapier Ablehnung \_\_\_\_\_